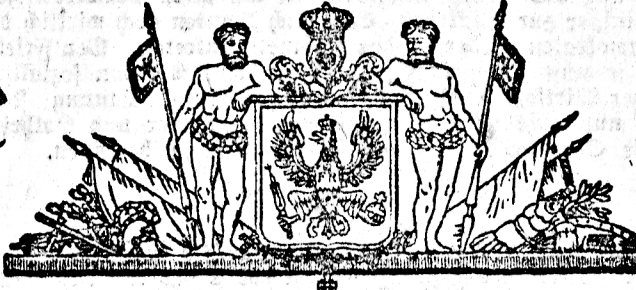


Wossische



Zeitung

15 Pfennig

Begründet

1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): V. Rolf Gallert in Berlin * Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 * Fernsprech. Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 600 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Der Friede in Weimar ratifiziert.

Mit 208 gegen 115 Stimmen angenommen.

Die Rede Hermann Müllers.

Drahtmeldung unserer Weimarer Redaktion.
Weimar, 9. Juli.

Erst um 11 Uhr eröffnete Präsident Fehrenbach die Sitzung. Mit ihm waren auch die Deutschnationalen im Saale erschienen. Der Präsident verliest einen Antrag der Deutschnationalen, die Ratifizierung vorzunehmen mit dem Vorbehalt:

1. daß vor Inkrafttreten der Artikel 227/230 (Auslieferung) von Sachverständigen des Völkerrechts ein Gutachten darüber eingeholt wird, ob es nach den bekannten Grundsätzen des Völkerrechts zulässig oder üblich und gerechtfertigt erscheint, mit rückwirkender Kraft einen Gerichtshof zur Aburteilung vorher begangener Verbrechen gegen das Völkerrecht einzusetzen, um auf vorher noch nicht angebrochte Strafen zu erkennen;
2. daß im Interesse der Gerechtigkeit für Untersuchung der Frage von der Schuld am Kriege ein neutraler Gerichtshof eingesetzt wird.

Das Wort erhält hierauf Reichsminister des Außenwesens Hermann Müller, der u. a. ausführt: „Aufrechterhalten bleibt unser einstimmiger Protest gegen die Vertrag gewordene Bergewaltigung, aufrechterhalten bleibt aber auch unsere Zustimmung, den Vertrag zu erfüllen. Wir stehen vor einem vierzigjährigen Marsch durch die Wüste. Anders kann ich den Seidenweg, den uns die Erfüllung des Friedensvertrages vorschreibt, nicht berechnen. Die Ratifikation des Friedens müßte mit Beschleunigung vorgenommen werden, da die Aufhebung der Blockade in Aussicht gestellt ist. Kein Tag länger als nötig darf die Hand der Feinde an der Kehle unseres Volkes sitzen. Unsere Politik darf nicht mehr auf Kosten von Menschenleben gemacht werden. Der Hunger ist unser schlimmster Feind. Weiter knüpfen wir an die Ratifizierung des Friedensvertrages die Hoffnung auf Heimkehr unserer Kriegsgefangenen. Ihre Rückbeförderung wird hoffentlich jetzt sofort einsetzten, sonst hätte das Wort Friede überhaupt keinen Sinn mehr. Unsere Vorbereitungen für die Rückkehr der Gefangenen sind getroffen. Alle mögliche Hilfe soll ihnen zuteil werden. In diesem Zusammenhang möchte ich den neutralen Staaten und besonders die Regierung im Haag für ihre Fürsorge gegenüber den Gefangenen von Herzogen danken. (Beifall.) Der Friede wird uns Gelegenheit geben, diese Fürsorge durch Werke des Friedens zu vergelten. (Wiederholter Beifall.) Ich will heute nicht auf die Richtlinien, in der ich die auswärtige Politik der deutschen Republik zu leiten gedente, näher besprechen, sondern dies erst im Zusammenhang mit der Programmrede des Ministerpräsidenten tun. Ich habe Sie nur zu bitten, dem Gesetz über die Friedensratifikation Zustimmung zu geben. Sobald der Friede durch drei der feindlichen Mächte unterzeichnet ist, was in wenigen Wochen geschehen sein wird, haben wir ein gerüstetes Deutschland. Millionen von deutschen Bürgern sind aus dem Staatsverbande herausgerissen, ohne daß sie über ihre Staatszugehörigkeit frei bestimmen dürfen. Wir können unseren von uns scheidenden Brüdern nur versichern, daß wir sie nicht vergessen und alles tun werden, um das Bewußtsein ihrer nationalen Zugehörigkeit zu uns zu erhalten bis zu dem Zeitpunkt, wo auf friedlichem Wege hoffentlich alle diese nationalen Probleme eine gute, befriedigende Lösung finden werden.“ (Lebhafter Beifall.)

Nach dem Minister Müller verlasen der Abg. Kretzig für die Sozialdemokraten, der Abg. Schulz für die Demokraten, der Abg. Spahn für das Zentrum, der Abg. Traub für die Deutschnationalen, der Abg. Kahl für die Deutsche Volkspartei und Abg. Henke für die unabhängigen Sozialdemokraten Erklärungen. Während sich die übrigen Parteien mit kurzen Zustimmungserklärungen unter Protest begnügten, legten die Deutschnationalen in einer langen Polemik gegen die letzten Äußerungen Lloyd Georges und Clemenceaus mit großer Ausführlichkeit Verwahrung ein. Ihr Schlüsselwort lag in eine leidenschaftliche Kampfansage gegen die Feinde aus. Auf der Galerie erkundete dabei lebhaftes Säbelklatschen, so daß der Präsident sich genötigt sah, mit der Räumung des Zuhörerraums zu drohen.

Am die Protestkundgebung der Fraktionen schlossen sich Proteste der Abgeordneten aus den abzutretenden oder besetzten Gebieten. Für die Abgeordneten des Ostens sprach

der sozialdemokratische Abgeordnete Wnzig, für die Abgeordneten des Westens der Zentrumabg. Ullotte, für die Deutschen der Nordmark der demokratische Abgeordnete Waldstein.

Zum Schluß nahm Präsident Fehrenbach das Wort, um gegen die Art wie bei der Besetzung von Elsaß-Lothringen verfahren worden ist, Protest einzulegen. Er betonte, daß der Friedensvertrag von 1871 als Gutmachung des 150 Jahre früher verübten Unrechtes angesehen sei. Elsaß-Lothringen habe unter der deutschen Verwaltung viel Gutes erfahren. Straßburg sei erst unter deutscher Verwaltung die „wunderschöne Stadt“ geworden, und die Rheinlande hätten wirtschaftlich einen Aufschwung genommen, von dem sie sich vor 50 Jahren nichts hätten träumen lassen. Jetzt sei keine Zustimmung zugesprochen worden, das Selbstbestimmungsrecht einfach vergewaltigt worden. Er hoffe, daß die Elsaß-Lothringer alle die deutsche Art, Sitte und Kultur wahren würden.

Dann war die erste Lesung des Friedensvertrages beendet. Um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, sich über den von den Deutschnationalen eingebrachten Antrag schlüssig zu werden, wurde der Beginn der zweiten Lesung auf eine Viertelstunde vertagt.

Die zweite Sitzung begann pünktlich um 12¼ Uhr, dauerte nur eine Stunde, verlief aber äußerst erregt. Das Haus hatte die Empfindung, daß die Deutschnationalen mit ihrem Antrag parteipolitische Ziele verfolgten. Für die Demokraten gab der Abg. Schiffer seinem lebhaften Bedauern Ausdruck, daß der Antrag eingebracht sei, da er nur geeignet sei, neue Unklarheiten und Verwirrungen zu stiften. Die Deutschdemokraten müßten gegen den Antrag stimmen, da sie von Anfang an für die Ablehnung des Friedensvertrages gewesen seien und auch gegen weitergehende Vorbehalte gestimmt hätten. Im übrigen sei die Völkerrechtswidrigkeit des im Friedensvertrag verlangten Auslieferungsverfahrens so klar, daß keine neue Belehrung durch Völkerrechtslehrer notwendig sei. Es entspreche auch nicht der Würde Deutschlands, noch einmal in einer Frage bei der Entente vorstellig zu werden, in der sie sich schon einmal ablehnend verhalten habe.

Für die Zentrumspartei schloß sich der Abg. Groeber dieser Erklärung fast vollständig an. Unter dem lebhaften Beifall fast des ganzen Hauses warf er den Deutsch-Nationalen vor, daß sie mit dem Feuer dieses Antrages ihre dünne Parteifuppe hoch wollten. Der Abg. Schulz-Bronberg, der gegen diese Äußerung Verwahrung einlegte, konnte sich gegenüber der lärmenden Entzweiung des ganzen Hauses kaum Gehör verschaffen.

Der Minister des Auswärtigen Hermann Müller behauptete, daß auch diese historische Stunde von Parteigeizigkeiten erfüllt sei. Die Zeit der Vorbehalte sei jetzt vorüber. Es gebe nur eine Entscheidung: ja oder nein, und auch diese sei eigentlich schon mit der Unterschrift des Friedensvertrages gefallen. Der Antrag der Rechten würde nur als neue Unehrlichkeit seitens Deutschlands von der Entente gedeutet werden. Schlobergeschäfte seien aber jetzt auch in der deutschen Politik ausgeschlossen. Die Deutsch-Nationalen wollten einen letzten Ruf an das Gerechtigkeitsgefühl der Entente richten. Aber ein solcher Ruf gerade der Deutsch-Nationalen würde bei unseren Feinden gar keinen Erfolg haben.

Auch der sozialdemokratische Abg. Doebe sagte, daß die Rechte des Hauses kein Recht habe, nach Gerechtigkeit zu rufen. Sie nähren dem Vaterlande am besten, wenn sie schweigen. Der Vorsitzende der deutschnationalen Fraktion, Herr v. Delbrück, vermochte es, den Sturm durch die ruhige und besonnene Art seiner Darlegungen und die Versicherung, daß keine Absicht der Ueberumpelung und Irreführung vorzulegen hatte, zu besänftigen. In kurzen Erklärungen wandten sich auch der Unabhängige Haase und von der Deutschen Volkspartei Abg. Heinze gegen den Antrag der Deutschnationalen und die zweite Lesung war damit beendet.

Der Antrag der Deutschnationalen wurde gegen etwa zwanzig Stimmen abgelehnt. Da kein Widerspruch erfolgte, wurde sofort die dritte Lesung vorgenommen.

Bei der Gesamtstimmung wurde das Gesetz der Ratifizierung in namenhafter Abstimmung mit 208 gegen 115 Stimmen angenommen.

In der gestern abend abgehaltenen Fraktionsitzung der Sozialdemokraten wurde nur über die Friedensratifikation verhandelt. Der Fall Wiffell und die mit dem Verfassungsentwurf zusammenhängenden Schuldfragen wurden nicht besprochen.

Die Planlosen.

Von
Georg Bernhard.

Weimar scheint wirklich allmählich zum Verhängnis für Deutschland werden zu sollen. Der genius loci ist doch eben doch der Kunst günstiger und näher als der Politik und der Wirtschaft. Das Kabinett hat jedenfalls gestern einen Schritt getan, der in seinen Folgen weiter tragen wird, als die Kabinettsminister es sich vorläufig träumen lassen. Nach einer Auseinandersetzung über des Wirtschaftsministers Wiffell Planwirtschaftsvorlagen hat das Kabinett, wie es den Anschein hat, allein gegen die Stimme von Wiffell die Ablehnung der Planwirtschaft beschlossen. Die Diskussion innerhalb des Kabinetts soll sich in wenig erfreulichen Formen abgespielt haben, insbesondere soll es gerade zwischen den sozialdemokratischen Ministern auf der einen und Herrn Wiffell auf der anderen Seite zu ziemlich heftigen Zusammenstößen gekommen sein. Herr Wiffell wurde durch einen seiner Reden unterstützt, der übrigens kein Geheimrat, überhaupt kein Beamter, sondern vielmehr eine bekannte Persönlichkeit der Berliner Geschäftswelt ist. In der Diskussion haben für die Gegner der Wiffellschen Planwirtschaft nicht etwa irgendwelche sachliche Bedenken den Ausschlag, vielmehr wurden rein politische Erwägungen in den Vordergrund gestellt. Während man die sehr ernst und eindringlich vorgetragenen Beschränkungen des Referenten, die ungehindert andrängende Einfuhr könnte die gesamte deutsche Eigenwirtschaft lähmen oder gar vernichten, sehr optimistisch entgegennahm, hielt man für sehr ernst die Tatsache, daß nun doch einmal die Wiffellschen Pläne in der Öffentlichkeit keinen großen Anklang gefunden hätten, und daß weite Kreise den freien Handel wollen. Auf der anderen Seite, so führte man aus, befriedige die Planwirtschaft die unabhängigen Sozialdemokraten nicht, so daß nicht einmal deren Opposition durch die Annahme der Wiffellschen Vorlagen überwunden würde.

Das Weimarer Kabinett, das den geistigen Zwang konfessioneller Schulwirtschaft soeben erst durch ein — vielleicht im Augenblick unerklärliches — Kompromiß festgelegt hat, verwarf also durch seinen gestrigen Beschluß gegen Wiffell das Prinzip wirtschaftlicher Gebundenheit. Es ist eine merkwürdige Ironie, daß dieses Kabinett sich in seiner großen Mehrheit aus Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei rekrutiert, die den Kampf gegen den Religionszwang und das Eintreten gegen die anarchische freie Wirtschaft alter mandacherlicher Zeiten auf ihre Fahne geschrieben hat. Die Weimarer Praxis verstößt mithin einigermaßen gegen das Exterter Programm. Doch es wird Sache der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung sein, sich mit ihren Regierungsvertretern auseinanderzusetzen und zu untersuchen, ob der Reichsminister Wiffell, nur weil er Sozialist ist, seinen Absichten aus der jetzigen Regierung zu nehmen hat. Die breite Öffentlichkeit außerhalb der sozialdemokratischen Parteien dagegen interessiert viel weniger der sogenannte Fall Wiffell als die prinzipielle Stellungnahme des Kabinetts.

Die Wiffellsche Planwirtschaft an sich hat zweifellos viele Gegner. Und von ihren Anhängern billigt sie kaum einer ganz. In der Tat enthält sie auch viele Einzelheiten, die scharfe Kritik herausfordern, insbesondere sind einzelne ihrer Bestimmungen und Organe zu bilokratistisch. Es besteht auf der einen Seite die Gefahr, daß der Geheimrat aus den Kartellgesellschaften wieder eingeschmuggelt wird, auf der anderen die Möglichkeit, daß die völlige Selbstverwaltung einzelner Industrieorganisationen sich zur Gewalttätigkeit einzelner Weniger auswaschen kann. Es würde mithin kaum wesentliche Bedeutung haben, wenn das Kabinett sich gegen die, besondern Wiffellschen Pläne ausgesprochen hätte, und es ist wohl auch anzunehmen, daß der Minister Wiffell gar nicht daran gedacht haben würde, auch aus der schärfsten Kritik seiner Sondermotive die letzten Konsequenzen zu ziehen. Aber das Kabinett hat sich sowohl durch die Art seiner Verhandlungen, als auch durch die Fassung seines Beschlusses überhaupt gegen jede planmäßige und gebundene Wirtschaft erklärt. Seine Entscheidung bedeutet eine Stellungnahme für förmlich freie Wirtschaft. Eine Stellungnahme müßte selbst dann soedeutet werden, wenn nachträglich für die Rede des Ministerpräsidenten ein paar Phrasen geschriebeilt würden, die von „Gemeinwohl“, „Gemeinwirtschaft“ und ähnlichen Allgemein- — Gemeinplätzen voll wären. Denn zur Gemeinwirtschaft gehört die Gemeinplanung.